

**Verordnung  
der Sächsischen Staatsregierung  
über die Anerkennung und Förderung der niedrigschwelligen  
Betreuungsangebote nach § 45b Abs. 3 und § 45c Abs. 6 SGB XI  
(Betreuungsangebotverordnung)<sup>1</sup>**

Vom 10. Juli 2003

Aufgrund von § 45b Abs. 3 Satz 2 und § 45c Abs. 6 Satz 4 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) – Soziale Pflegeversicherung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 26. Mai 1994, BGBl. I S. 1014, 1015), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022, 3058) geändert worden ist, wird verordnet: <sup>2</sup>

**Teil 1  
Anerkennung niedrigschwelliger Betreuungsangebote <sup>3</sup>**

**§ 1  
Anerkennung**

Die Anerkennung begründet keinen Anspruch auf öffentliche Förderung. <sup>4</sup>

**§ 2  
Niedrigschwellige Betreuungsangebote**

(1) Niedrigschwellige Betreuungsangebote sind Angebote, in denen Helfer unter pflegfachlicher Anleitung die Betreuung von Pflegebedürftige mit erheblichem Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung in Gruppen oder im häuslichen Bereich übernehmen sowie pflegende Angehörige entlasten und beratend unterstützen.

(2) Anerkennungsfähige niedrigschwellige Angebote sind insbesondere

1. Betreuungsgruppen für Menschen mit demenzbedingten Fähigkeitsstörungen, geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen,
2. durch bürgerschaftliches Engagement getragene Gruppen sowie Betreuungsgruppen zur stundenweisen Entlastung der pflegenden Angehörigen in Gruppen oder im häuslichen Bereich,
3. Tagesbetreuungen in Kleingruppen oder als Einzelbetreuung,
4. durch bürgerschaftliches Engagement getragene Vermittlungsdienste für Betreuungsleistungen sowie
5. ambulante familienentlastende Dienste. <sup>5</sup>

**§ 3  
Antragsberechtigung**

Antragsberechtigt sind Anbieter, die Erfahrungen im Bereich der Betreuung von Menschen mit erheblichem Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung haben sowie über Kenntnisse in der Entlastung und Unterstützung pflegender Angehöriger verfügen.

**§ 4  
Voraussetzungen für die Anerkennung**

(1) Voraussetzung für die Anerkennung niedrigschwelliger Betreuungsangebote ist, dass der Antragsteller bei der zuständigen Behörde einen schriftlichen Antrag stellt und

1. der Antragsteller
  - a) ein Konzept seines Betreuungsangebotes und dessen Qualitätssicherung vorlegt, aus dem sich ergibt, dass eine angemessene Schulung und Fortbildung sowie eine kontinuierliche fachliche Begleitung und Unterstützung der Helfenden in ihrer Arbeit gesichert ist (§ 45c Abs. 3 Satz 4 SGB XI) und dass er nach diesem Konzept verfährt;
  - b) nachweist, dass er zur Deckung der Schäden, die durch das Betreuungsangebot entstehen

- können, ausreichend versichert ist, und
- c) sich verpflichtet, der zuständigen Behörde jährlich spätestens bis zum 1. April einen Tätigkeitsbericht vorzulegen, der insbesondere Auskunft gibt über die Zahl und die Art der übernommenen Betreuungen sowie über die dafür eingesetzten Kräfte;
  2. eine Fachkraft mit psychiatrischer, gerontopsychiatrischer, sozialpädagogischer oder heilpädagogischer Ausbildung mit der fachlichen Leitung betraut ist;
  3. die Betreuung unter Mitwirkung von fachlich geschulten und angeleiteten Helfern erfolgt und
  4. regelmäßig und verlässlich mindestens vier Hilfebedürftige betreut werden.
- (2) Niedrigschwellige Betreuungsangebote im Sinne von § 2 durch zugelassene Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen gelten als anerkannt.

## Teil 2

### Förderung von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten und Modellvorhaben <sup>6</sup>

#### Abschnitt 1

#### Allgemeine Bestimmungen

##### § 5

#### Grundlagen der Förderung

(1) Der Freistaat Sachsen gewährt neben den Landkreisen und Kreisfreien Städten im Rahmen der im Staatshaushaltsplan bereitgestellten Mittel Zuwendungen für den Auf- und Ausbau von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten sowie von Modellvorhaben. Die Förderung wird ergänzt durch einen Zuschuss aus Mitteln der sozialen und privaten Pflegeversicherung nach § 45c Abs. 2 SGB XI.

(2) Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Zuwendungen besteht nicht.

##### § 6

#### Durchführung des Förderverfahrens

(1) Förderanträge sind an den Kommunalen Sozialverband Sachsen als Bewilligungsbehörde zu richten. Dieser entscheidet, ob und in welcher Höhe ein Angebot, Vorhaben oder Projekt förderfähig ist und ob Mittel und Möglichkeiten der Arbeitsförderung genutzt werden können. Über die Förderentscheidung hat die Bewilligungsbehörde das Einvernehmen mit den Landesverbänden der sächsischen Pflegekassen und bei Förderung von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten zusätzlich mit dem für das Angebot zuständigen Landkreis oder der Kreisfreien Stadt herzustellen. In den an den Antragsteller zu richtenden Bescheid ist aufzunehmen, dass die Entscheidung im Einvernehmen mit den Landesverbänden der sächsischen Pflegekassen erfolgt.

(2) Die Bewilligungsbehörde informiert das Bundesversicherungsamt über die Entscheidung nach Absatz 1 Satz 2 und die Höhe der verbindlich zugesagten Fördermittel des Freistaates Sachsen sowie gegebenenfalls des Landkreises oder der Kreisfreien Stadt.

(3) Die Förderung ist jährlich schriftlich zu beantragen. Anträge auf eine ganzjährige Projektförderung für das kommende Jahr müssen bis zum 30. November des Vorjahres vorliegen. Bei verspätet eingehenden Anträgen entscheidet die Bewilligungsbehörde im Rahmen noch verfügbarer Haushaltsmittel über eine Aufnahme in die Förderung des jeweiligen Jahres. Eine rückwirkende Bewilligung ist ausgeschlossen.

(4) Dem Antrag sind die notwendigen Nachweise entsprechend den Fördervoraussetzungen beizufügen.

(5) Für die Auszahlung der Fördermittel nach Absatz 2 ist die Bewilligungsbehörde zuständig.

(6) Die Verwendungsnachweise für die Zuwendung des Freistaates Sachsen sind sechs Monate nach Ablauf des jeweiligen Bewilligungszeitraumes, spätestens bis zum 30. Juni des folgenden Jahres bei der Bewilligungsbehörde einzureichen. Für die Förderung nach Absatz 1 wird ein einfacher Verwendungsnachweis zugelassen, in dem die erbrachten Leistungen unter Vorlage entsprechender Nachweise in einem Sachbericht ausführlich dargestellt sind. <sup>7</sup>

#### Abschnitt 2

#### Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote

**§ 7  
Zuwendungsempfänger**

Gefördert werden können freie, kommunale und private Anbieter, deren Angebote nach Teil 1 anerkannt worden sind.

**§ 8  
Art und Umfang der Förderung**

(1) Zuschüsse der öffentlichen Hand werden zu 50 Prozent vom Freistaat Sachsen und zu 50 Prozent vom jeweils zuständigen Landkreis oder der Kreisfreien Stadt getragen.

(2) Die Zuwendung wird als Festbetragsfinanzierung im Rahmen einer Projektförderung in Form von Zuschüssen gewährt. Gefördert werden können grundsätzlich bis zu vier Anbieter von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten je Landkreis und Kreisfreier Stadt. Bei der Entscheidung sind Einwohnerzahl, Infrastruktur und demographische Entwicklung sowie die Trägervielfalt angemessen zu berücksichtigen.

(3) Der Zuschuss beträgt für eine vollzeitbeschäftigte Fachkraft bis zu 50 Prozent der anfallenden Personalausgaben, höchstens jedoch 12 000 EUR. Bei teilzeitbeschäftigten Fachkräften reduziert sich dieser entsprechend des Teilzeitanteils.

**Abschnitt 3  
Förderung von Modellvorhaben**

**§ 9  
Art und Umfang der Förderung**

(1) Zuschüsse der öffentlichen Hand werden vom Freistaat Sachsen getragen. Bestehende oder neue Betreuungsangebote haben Vorrang vor Modellvorhaben.

(2) Modellvorhaben können mit einem Personal- und Sachkostenzuschuss gefördert werden. Der Antragsteller hat einen Eigenanteil von mindestens 10 Prozent einzubringen.

(3) Der Antragsteller prüft, ob Zuschüsse der Landkreise, der Kreisfreien Städte oder Mittel der Arbeitsförderung zur Verfügung stehen. Soweit diese eingesetzt werden, sind sie einem vom Freistaat Sachsen geleisteten Zuschuss gleichgestellt.

**Teil 3  
Schlussvorschriften <sup>8</sup>**

**§ 10  
Ausnahmeregelung**

Das Staatsministerium für Soziales kann in begründeten Einzelfällen Ausnahmen von §§ 3, 4 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 sowie § 8 Abs. 3 und § 9 Abs. 2 Satz 2 zulassen. Voraussetzung ist der Nachweis, dass ansonsten das Vorhaben nicht durchgeführt werden kann. <sup>9</sup>

**§ 11  
(aufgehoben) <sup>10</sup>**

**§ 12  
In-Kraft-Treten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. <sup>11</sup>

Dresden, den 10. Juli 2003

**Der Ministerpräsident**

**Prof. Dr. Georg Milbradt**

**Die Staatsministerin für Soziales**

**In Vertretung**

**Steffen Flath**

**Staatsminister**

- 
- 1 Überschrift neu gefasst durch **Verordnung vom 8. Juli 2004** (SächsGVBl. S. 265)
  - 2 Eingangsformel neu gefasst durch **Verordnung vom 8. Juli 2004** (SächsGVBl. S. 265)
  - 3 Überschrift Teil 1 neu eingeführt durch **Verordnung vom 8. Juli 2004** (SächsGVBl. S. 265)
  - 4 § 1 neu gefasst durch **Verordnung vom 1. Juli 2008** (SächsGVBl. S. 423)
  - 5 § 2 geändert durch **Verordnung vom 8. Juli 2004** (SächsGVBl. S. 265)
  - 6 Teil 2 neu eingefügt durch **Verordnung vom 8. Juli 2004** (SächsGVBl. S. 265)
  - 7 § 6 geändert durch **Verordnung vom 1. Juli 2008** (SächsGVBl. S. 423)
  - 8 Überschrift Teil 3 neu eingefügt durch **Verordnung vom 8. Juli 2004** (SächsGVBl. S. 265)
  - 9 bisheriger § 5 wird neu § 10 und neu gefasst durch **Verordnung vom 8. Juli 2004** (SächsGVBl. S. 265)
  - 10 § 11 aufgehoben durch **Verordnung vom 1. Juli 2008** (SächsGVBl. S. 423)
  - 11 bisheriger § 6 wird neu § 12 durch **Verordnung vom 8. Juli 2004** (SächsGVBl. S. 265)
- 

### **Änderungsvorschriften**

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Betreuungsangebotsverordnung vom 8. Juli 2004 (SächsGVBl. S. 265)

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Änderung der Betreuungsangebotsverordnung vom 1. Juli 2008 (SächsGVBl. S. 423)